

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung
(Nr. 145 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das
Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 19. Dezember 2018 mit der Vorlage befasst.

Abg. Schernthaler berichtet, dass die Ruhe- und Versorgungsbezüge nach dem Landesbeamten-Pensionsgesetz (LP-BG) jährlich analog zur Erhöhung der Verbraucherpreise anzuheben wären. Dies hätte für das Jahr 2019 eine Erhöhung um 2 % bedeutet. Auf Bundesebene habe man für das Jahr 2019 eine abgestufte Pensionserhöhung beschlossen, die teilweise deutlich über der Erhöhung der Verbraucherpreise liege und sozial gestaffelt sei. Diese abgestufte Pensionserhöhung solle auch für Salzburg übernommen werden. Im Detail bedeute dies, dass Ruhe- und Versorgungsbezüge unter € 1.115,-- monatlich um 2,6 % erhöht werden sollen. Weiters sei geplant, Bezüge zwischen € 1.115,-- und € 1.500,-- abgestuft und zwischen € 1.500,-- und € 3.402,-- um 2 % zu erhöhen. Ruhe- und Versorgungsbezüge, die über € 3.402,-- monatlich ausmachten, würden um einen Fixbetrag von € 68,-- erhöht. Überdies strebe man auch eine Erhöhung des Mindestsatzes für Ergänzungszulagenbezieherinnen und -bezieher um 2,6 % an. Abschließend ersucht Abg. Schernthaler unter Hinweis auf die soziale Ausgewogenheit der Maßnahme um Zustimmung zur Gesetzesvorlage.

Abg. Dr. Maurer signalisiert seitens der SPÖ Zustimmung zur Regierungsvorlage. Da für die Bezieherinnen und Bezieher sehr geringer Ruhe- und Versorgungsbezüge bzw. einer Ergänzungszulage die Erhöhung deutlich über der Erhöhung des Verbraucherpreisindex liege, sei die Regelung sehr begrüßenswert.

Abg. Dr. Schöppl betrachtet die vorgeschlagene Regelung ebenfalls als sozial sehr ausgewogen. Die FPÖ werde der Regierungsvorlage zustimmen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA dankt dem Personallandesrat für die Vorlage dieses Gesetzesvorschlages. Aufgrund der Staffelung sei dies eine wichtige Maßnahme der Solidarität mit Bezieherinnen und Beziehern geringer Landespensionen, die diese auch tatsächlich im Geldbörsel spüren könnten.

Klubobmann Abg. Egger MBA findet die vorgeschlagene Regelung gut und richtig. Die NEOS würden daher der Regierungsvorlage zustimmen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 145 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 19. Dezember 2018

Die Vorsitzende-Stellvertreterin:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl eh.

Der Berichterstatter:

Schernthaler eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 19. Dezember 2018:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.